

MIT Pankow fordert: Überschüsse der BA zurück an die Beitragszahler

Auf Grund der guten Konjunktur und des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit (BA) weitaus besser als bislang vermutet. So wird sich das ursprünglich angenommene Defizit von 4,3 Milliarden Euro um 3 Milliarden Euro reduzieren. „Angesichts dieser guten Finanzlage der BA und der guten wirtschaftlichen Entwicklung müssen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter gesenkt werden“, fordert nun Johannes Kraft, Kreisvorsitzender der Mittelstandstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in Pankow.

Die MIT Pankow hatte bereits die Bemühungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Bundesregierung im Jahre 2006 unterstützt, die Arbeitslosenbeiträge weiter zu senken. „Wir begrüßen, dass sich die Union innerhalb der großen Koalition mit ihrer Forderung durchgesetzt hatte, Anfang 2007 den Beitragssatz von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent zu senken. Dies war ein positives Signal auch für den Pankower Mittelstand. Heute zeigt sich, dass eine noch stärkere Beitragssenkung aus finanzpolitischer Sicht möglich gewesen wäre und eine weitere Entlastung nicht zu letzt auch für den Pankower Mittelstand hätte bringen können. Wir bedauern, dass die SPD dazu bislang nicht bereit war und fordern die SPD auf, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben“, so Kraft.

Angesicht der Prognosen im Bezug auf die finanzielle Ausstattung der BA fordert die MIT Pankow die Bundesregierung nun auf, den Beitragssatz weiterhin drastisch zu senken. „In der jetzigen Situation ist es möglich, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren zu senken. Wir sprechen uns für eine Beitragssenkung auf 3,5 Prozent aus, welche noch zum 1. Juli 2007 realisiert werden soll“, so Kraft. Damit unterstützt die MIT Pankow die Forderungen des Parlamentskreises der Union im Bundestag und der Wirtschaftsverbände.

Völliges Unverständnis bringt die MIT Pankow allerdings für die Pläne von Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) auf, welcher die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit in die gesetzliche Krankenversicherung umleiten will. Finanzieren will Steinbrück (SPD) damit den Zuschuss für die beitragsfreie Versicherung der Kinder. „Das wäre ein Koalitionsbruch und ein Täuschungsmanöver gegenüber den Wählern. Denn die Arbeitslosenversicherungsbeiträge würden zur Quersubventionierung der gesetzlichen Krankenversicherung zweckentfremdet. Es war aber Wille der Koalition, die beitragsfreie Versicherung der Kinder gerade nicht den Arbeitskosten zuzurechnen. Über Steinbrücks Verschiebebahn soll nun gerade dies wieder erfolgen“, so Johannes Kraft.

Die MIT Pankow fordert die SPD auf, von dieser unseriösen Finanzpolitik Abstand zu nehmen. „Es muss klar sein: Das überschüssige Geld der Bundesagentur für Arbeit muss den Beitragszahlern zurückgegeben werden. Der Arbeitslosenbeitrag muss weiter sinken. Hierdurch würde der Faktor Arbeit weiter einlastet und das Beschäftigungswachstum auch in Pankow weiter gefördert werden“, so Kraft. Nach Auffassung der MIT Pankow wäre die SPD und an erster Stelle Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) gut beraten, auf finanzpolitische Taschenspielertricks zulasten der Arbeitslosenversicherung zu verzichten und die Notwendigkeit der Senkung der Lohnzusatzkosten ernst zunehmen.